

Difu-Umfrage

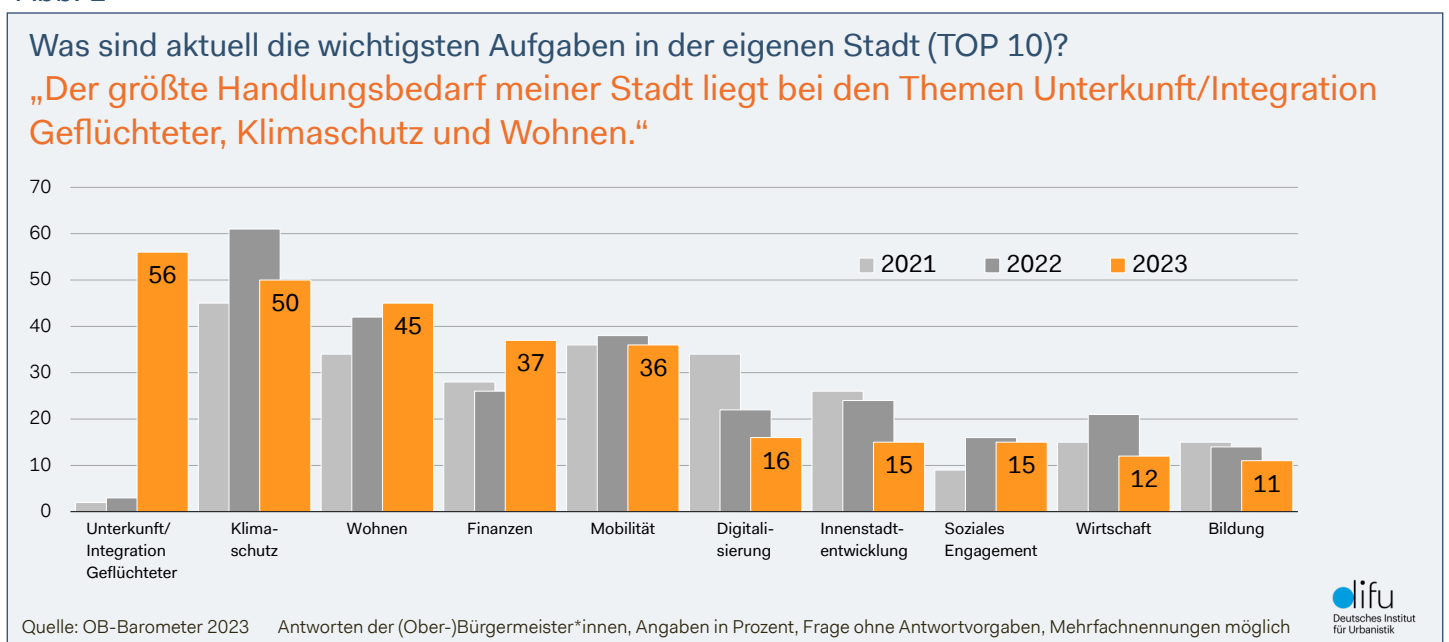
Flüchtlingsthematik größte aktuelle Herausforderung – aber Klimafragen behalten ihre Relevanz in Gegenwart und Zukunft

In der Befragung zum diesjährigen OB-Barometer, die im Januar und Februar 2023 stattfand, spielte die Corona-Pandemie keine Rolle mehr. An deren Stelle getreten ist eine Situation, in der die Kommunen mit verschiedenen krisenhaften Entwicklungen gleichzeitig konfrontiert sind, quasi ein Umfeld multipler Dauerkrisen, die in den Städten und Gemeinden gehandhabt werden müssen. Dieser Lage wurde mit einer Frage nach den „krisenhaften Herausforderungen“ und ihrer Relevanz für die jeweilige Kommune Rechnung getragen. Die drei anderen Fragen, nach den aktuell und zukünftig wichtigsten Aufgaben der Städte sowie nach den Rahmenbedingungen, bei deren Gestaltung mehr Unterstützung von Land, Bund und EU wünschenswert wäre, sind seit 2015 fester

Bestandteil des OB-Barometers. Sie ermöglichen so einen Vergleich, wie sich die Wichtigkeit der verschiedenen Themen in der kommunalen Wahrnehmung und die Handlungsnotwendigkeiten im Zeitverlauf verändern.

Immer dann, wenn die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, steigt – so wie seit letztem Jahr aus der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs –, rücken Fragen der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen bei den aktuell wichtigsten Handlungsfeldern der deutschen Kommunen ganz nach oben (Abb. 1). Das war in den Jahren 2015 bis 2017 so, und das ist in der diesjährigen Befragung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der deutschen

Abb. 1



Städte mit mehr als 50.000 Einwohner*innen genauso. Für 56 % der Stadtspitzen ist das Thema ein wichtiges Handlungsfeld, in den beiden Vorjahren spielte es faktisch keine Rolle.¹ Dass zwei Drittel der Städte sich von Ländern, Bund und EU bessere Rahmenbedingungen wünschen, um die Unterbringung und Integration der Geflüchteten zu bewältigen (Abb. 4), ist eine logische Konsequenz angesichts der aktuellen Situation in den Kommunen. Dazu gehört auch, dass fast 80 % der Stadtspitzen steigende Kosten im Sozialbereich als sehr große oder große Herausforderung in ihrer aktuellen Politik nennen (Abb. 3).

Jenseits dieser stark durch die aktuelle Situation in den Kommunen geprägten Bewertung gibt es bei den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern eine deutliche Kontinuität bei den „großen Linien“ ihrer Politik. Die drei Themen, die bereits in den letzten Jahren eine herausgehobene Bedeutung hatten, zählen weiterhin zu den wichtigsten – und zwar sowohl was die aktuellen als auch die zukünftigen Handlungsfelder angeht (Abb. 1 und 2). Das sind zunächst die energie- und klimapolitischen Themen. Die Hälfte der befragten Stadtspitzen nennt diese Themen als eines der aktuell wichtigsten Handlungsfelder. Zukünftig wird das Thema aus ihrer Sicht sogar noch weiter an Bedeutung gewinnen. 59 % der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister messen den Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels die mit Abstand höchste Bedeutung bei. Dies korrespondiert mit den Antworten auf die Frage nach den größten Herausforderungen für die Städte infolge der aktuellen krisenhaften Entwicklungen

(Abb. 3). Der Investitionsbedarf zur Bewältigung des Klimawandels wird – noch vor der Unterbringung von Geflüchteten – als größte aktuelle Herausforderung für Kommunen in den multiplen aktuellen Krisen genannt.

Zählt man die Maßnahmen zur Mobilitätswende hinzu, die ebenfalls überwiegend klimapolitisch konnotiert sind, so verstärkt sich die hohe Relevanz des Themas noch einmal. Für mehr als ein Drittel der Stadtspitzen gehören Maßnahmen im Mobilitätsbereich bereits jetzt zu den wichtigsten Handlungsfeldern (Abb. 1), zukünftig wird das Thema noch wichtiger (Abb. 2). Der Investitionsbedarf für Maßnahmen der Mobilitätswende wird von 85 % der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern als sehr groß oder groß eingeschätzt (Abb. 3).

Unverändert weit oben auf der Agenda der aktuell – und auch zukünftig – wichtigsten Handlungsfelder bleibt die Schaffung bezahlbaren Wohnraums (Abb. 1 und 2). Dies korrespondiert mit dem seit Jahren von den Kommunen formulierten Wunsch, dass für diese große Aufgabe bessere Rahmenbedingungen vor allem durch den Bund geschaffen werden, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt besser begegnen zu können (Abb. 4).

Die kommunale Finanzsituation bereitet den Kommunen dieses Jahr wieder mehr Sorgen, nachdem sich das Problem in den letzten Jahren etwas entspannt zu haben schien. Die Situation der Kommunalfinanzen ist im Jahr 2023 das viertwichtigste Thema bei den aktuellen Herausforderungen

1 Im Jahr 2022 fand die Befragung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine statt.

Abb. 2

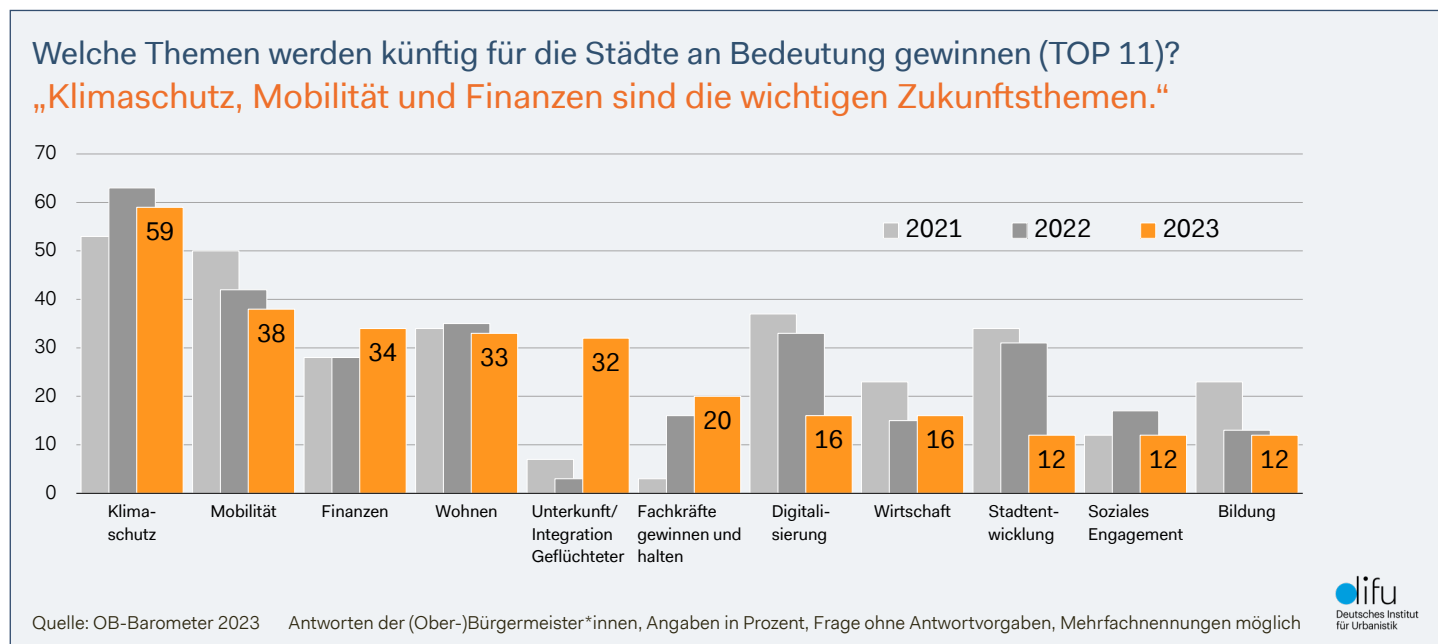
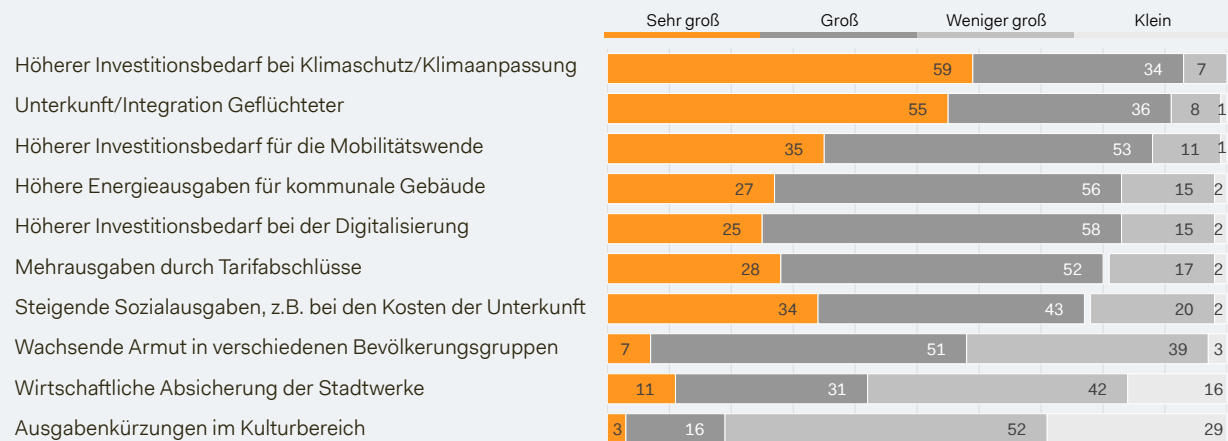


Abb. 3

Wie groß sind die Herausforderungen für die Städte infolge der aktuellen krisenhaften Entwicklungen?

Krisenbedingte Herausforderungen für die Kommunalpolitik



Quelle: OB-Barometer 2023 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/Keine Angabe

(37 %). Hier spielen sicher auch die zusätzlichen Kosten durch die Unterbringung der Geflüchteten eine Rolle. Auch für die Zukunft wird das Finanzthema dieses Mal stärker problematisiert als in den Vorjahren. Es wird von mehr als einem Drittel der Stadtspitzen als eines der zukünftig wichtigsten Handlungsfelder genannt (Abb. 1 und 2).

Die Herausforderungen der Kommunalpolitik infolge krisenhafter Entwicklungen sind alle ausgesprochen ausgabenintensiv (Abb. 3). Das mag auch ein Grund dafür sein, dass der Wunsch der Kommunen nach verbesserten finanzpolitischen Rahmenbedingungen besonders groß ist (Abb. 4). Vor allem die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland nennen die Finanzlage bei der Frage nach den aktuellen und zukünftig wichtigen Handlungsfeldern. Viele Kommunen in diesen Bundesländern leiden noch immer unter hohen Liquiditätskrediten und warten seit Jahren auf eine Altschuldenregelung durch Bund und Bundesländer.

Das Thema Stadtentwicklung verliert bei den aktuell und den zukünftig wichtigsten Handlungsfeldern mit nur noch 15 bzw. 12 % der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, die das Thema nennen, gegenüber den beiden Vorjahren deutlich an Bedeutung (Abb. 1 und 2). Das hat vermutlich damit zu tun, dass die Unsicherheit darüber, was die Corona-Pandemie für die Entwicklung der Innenstädte bedeutet, gewichen ist. Sicher haben auch die verschiedenen Förderprogramme von Bund und Ländern zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in den Innenstädten Impulse und finanzielle Unterstützung gegeben. Allerdings ist die Transformation der Innenstädte eine Daueraufgabe, die nicht unterschätzt werden sollte, wie aktuell die erneute Welle

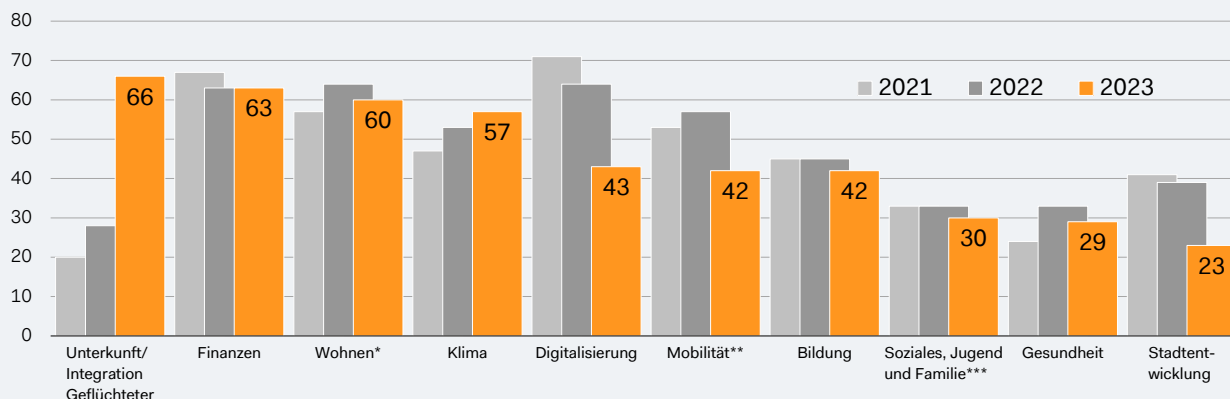
der Schließung von Warenhäusern und die gegenwärtig allort geführten Diskussionen um die Gestaltung von attraktiven und zukunftsfähigen Innenstädten zeigen.

Überraschend ist, dass das Zukunftsthema Digitalisierung so stark an Bedeutung verloren hat. Während im Jahr 2019 die Digitalisierung für mehr als die Hälfte der Stadtspitzen das mit Abstand wichtigste Handlungsfeld der nächsten Jahre war, in den Folgejahren auch immer noch für deutlich mehr als ein Drittel, so sind es in der aktuellen Befragung nur noch 16 % (Abb. 2). Eine Erklärung könnte sein, dass die Kommunen inzwischen große Fortschritte bei der Digitalisierung erzielt haben, so dass die Herausforderungen in der Zukunft nicht mehr als so groß angesehen werden. Auch von Bund oder Ländern wird – im Gegensatz zu den vergangenen Jahren – keine besondere Unterstützung im Handlungsfeld Digitalisierung mehr eingefordert (vgl. Abb. 4). Dazu kann die Corona-Pandemie beigetragen haben, die die Städte – wie viele andere Teile der Gesellschaft – dazu gezwungen hat, digitale Lösungen zu erarbeiten, beschleunigt bereitzustellen und umzusetzen. Allerdings thematisieren die Kommunen weiterhin einen hohen Investitionsbedarf für die Digitalisierung als sehr große oder große Herausforderung (Abb. 3).

Das Thema „Fachkräfte gewinnen und halten“ erreicht bei den kommunalpolitischen Themen mit zunehmender Bedeutung mit 20 % zwar den höchsten Wert seit Bestehen des OB-Barometers (Abb. 2), gehört aber (noch) nicht zu den aktuell wichtigsten Handlungsfeldern in der Wahrnehmung der Stadtspitzen. Dies steht in deutlichem Widerspruch zur aktuellen Diskussion zum Arbeitsmarkt, die vom Fachkräftemangel und seinen Konsequenzen dominiert wird. Angesichts der Beschäftigtenentwicklung

Abb. 4

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden (TOP 10)?
„Vor allem bei Unterkunft/Integration Geflüchteter, Finanzen und Wohnungspolitik sind Verbesserungen der Rahmenbedingungen erwünscht.“



* bis 2019 Städtebau und Wohnen, ** bis 2019 Verkehrspolitik und Infrastrukturausbau, *** bis 2020 Sozial-, Gesundheits-, Jugend- und Familienpolitik
 Quelle: OB-Barometer 2023 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich

in Deutschland und der bereits bestehenden Probleme in bestimmten Bereichen der Verwaltung, geeignete Beschäftigte zu finden, wird dieses Thema in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Kommunen müssen – in der Konkurrenz zu anderen potenziellen Arbeitgebern – ihre Anstrengungen intensivieren, um interessante und attraktive Arbeitgeber zu sein. Im Übrigen gaben 80 % der befragten Stadtspitzen an, dass für sie die zu erwartenden Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, deren genaues Ausmaß zu dem Zeitpunkt noch nicht feststand, eine sehr große oder große Herausforderung sein werden.

Das Thema Bildung scheint auf den ersten Blick eine erstaunlich geringe Bedeutung zu haben, nimmt

man die Wichtigkeit, die dem Thema in vielen Diskussionen eingeräumt wird, als Maßstab. Bringt man jedoch die Nennungen der Stadtspitzen zu Themen wie frühkindliche Bildung, Schulentwicklung, Inklusion zusammen, gewinnt das Thema zumindest bei den Zukunftsfragen an Bedeutung (Abb. 1 und 2).

Soziale Gerechtigkeit, sozialer Frieden sind Themen, die die Stadtspitzen immer wieder nennen, ohne dass es diese Aspekte unter die wichtigsten Fragestellungen schaffen. In diesem Jahr zeigen die Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen der ostdeutschen Städte bei diesem Thema, vor allem als zukünftig wichtiges Handlungsfeld, eine signifikant höhere Aufmerksamkeit.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2023 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. 122 der 193 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (darunter 17 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 63,2 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de | Dr. Beate Hollbach-Grömig, +49 30 39001-293, hollbach-groemig@difu.de
 Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter www.difu.de/OB-Barometer

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist mit seinen rund 190 Beschäftigten das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige, in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben